

Pressemitteilung

07. August 2013

Pflegepolitisch viel versprochen und wenig erreicht Bilanz zur Koalitionsregierung 2009 bis 2013

Auf der Grundlage des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und FDP im Herbst 2009 sind **nur partikuläre Verbesserungen für die pflegerische Versorgung** in Deutschland zu erkennen, **bemängelt Rolf Höfert**, Geschäftsführer des Deutschen Pflegeverbandes.

Eine **Reform der Pflegeversicherung** mit Orientierung an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen auf Grundlage der **Beiratsempfehlungen aus 2009 wurde nicht realisiert**. Mit der Vorlage des Berichtes des Beirates Pflegebedürftigkeit im Jahr 2013 bestätigt sich die Einschätzung aus 2012, dass dieser von Bundesgesundheitsminister Bahr eingesetzte Beirat für 15 Monate als taktile pflegepolitische Beschäftigungstherapie für alle Beteiligten der Pflegeszene einberufen wurde.

Die 218 Berichtsseiten zeigen die Erkenntnisse des von der Vorgängerregierung eingesetzten Beirates Pflegebedürftigkeit 2009 mit wissenschaftlich hinterlegten Anforderungen und Möglichkeiten. Der neue Bericht bestätigt all diese Erkenntnisse und hätte nun nach vier Jahren umfänglicher Umsetzungsstrategien und Finanzierungsoffensiven bedurft.

Die Bundesregierung hätte statt ihres Wahlgeschenkes mit Reduzierung um 0,7% des Rentenversicherungsbeitrages einen Beitrag zur Sicherung der Versorgungsstrukturen für alle Pflegebedürftigen, pflegende Angehörige und Pflegeprofessionellen durch 0,6% **Zulage zur Pflegeversicherung** in Höhe der dringend benötigten 6 Mrd. Euro/Jahr leisten müssen.

Es bestätigt sich die Tatsache, dass es **keine Erkenntnisprobleme** um die Pflegebedürftigkeit, sondern ausschließlich um **mangelnde politische Umsetzung dieser Erkenntnisse** für den pflegerischen Alltag geht. Vor der Perspektive der Demografie mit explosiv steigender Zahl von Pflegebedürftigkeit und Symptomen des Pflegenotstandes in allen Versorgungsbereichen besteht große **Gefahr im System**. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass einer der Vorsitzenden des Beirates, der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, diese Agonie der Regierung im Sinne der von ihm zu vertretenden Klientel der Patienten mit trägt.

Als liberale Sternschnuppe zeigte sich, das vom damaligen Gesundheitsminister Rösler 2011 ausgerufenen „Jahr der Pflege“.

Das **angekündigte Berufsgesetz Pflege** mit der Zusammenführung der Ausbildungen von Kranken-, Kinder- und Altenpflege ist **über die Vorlage von Eckpunkten** leider **nicht hinausgekommen**. Von einem Berufsgesetz mit klarer Kompetenzdefinition der Pflege war erst gar nicht die Rede. Bezüglich europäischer Normen der Ausbildungsvoraussetzungen mit 12-jähriger Schulzeit für die Pflegeberufe betreibt die Bundesregierung eine Verweigerungspolitik.



**Redaktion und
Herausgeber:**
Deutscher Pflegeverband e.V.
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel: (02631)8388-0
Fax: (02631)8388-20
E-Mail: info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

Mitglied im
Deutschen Pflegerat

**Abdruck frei,
Beleg erbeten.**



Mitglied im:

 **DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND**


**AKTIONSBÜNDNIS
PATIENTENSICHERHEIT**

Pressemitteilung

Die **elektronische Gesundheitskarte** mit Heilberufsausweisen für alle Leistungserbringer zur Sicherung der Behandlungsqualität ist immer noch nicht realisiert.

Das **GKV-Versorgungsstrukturgesetz von 2011** konzentriert sich **ausschließlich auf die ärztliche Versorgung** und klammert die dringend notwendigen pflegerischen Strukturmaßnahmen insbesondere in ländlichen Bereichen aus.

Die **Förderung von Pflegestützpunkten wurde** trotz sehr hohen Beratungsbedarfes bei den Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen **beendet**.

Eine adäquate **Abbildung und Refinanzierung des tatsächlichen Pflegeaufwandes im DRG-System** ist nicht zu erkennen.

Das 2009 von SPD und Grünen aufgelegte **notwendige Förderprogramm zur Personalbesetzung** mit Pflegefachkräften in Krankenhäusern **wurde durch diese Bundesregierung 2012 beendet**.

Eine **angestrebte Vernetzung der Sozialversicherungssysteme**, insbesondere SGB V, SGB IX, SGB XI und SGB XII **im Sinne der Entbürokratisierung ist nicht zu erkennen**.

Die Beteiligung der **Pflegeprofession mit Sitz und Stimme im gemeinsamen Bundesausschuss GBA** ist weiterhin ausgeblendet.

Bezüglich des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels sind nur punktuelle aber keine perspektivisch aufgestellten Konzepte zu erkennen.

Die **Mängelliste der bisherigen Bundesregierung gilt somit als Anforderungsprofil für die kommende**.



Redaktion und Herausgeber:
Deutscher Pflegeverband e.V.
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel: (02631)8388-0
Fax: (02631)8388-20
E-Mail: info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

Mitglied im
Deutschen Pflegerat

**Abdruck frei,
Beleg erbeten.**



Mitglied im:

